

Zwangsarbeiterlager in Gerthe

Manche sind in einem erbärmlichen Zustand – wieder andere liebevoll gepflegt. Und vor allem: bewohnt. Die ehemaligen Zwangsarbeiter-Unterkünfte in Gerthe an der Gewerkenstraße und auf der Bergener Straße in Hiltrop stehen unter Denkmalschutz.

Für die Häuser an der Bergener Straße 116, die in nicht so gutem Zustand sind, gibt es jetzt Überlegungen, wie man das Gelände wieder attraktiv machen kann. Wenn das mit Baracken, in denen in der Nazizeit Arbeitssklaven unter schlimmsten Bedingungen untergebracht waren, überhaupt geht.



„Für die zukünftige Nutzung der ehemaligen Zwangsarbeitersiedlung wird eine Kombination aus Wohnen, Künstlerateliers und Gedenkstätte/Museum angestrebt“, heißt es in einer Beschlussvorlage in der Bezirksvertretung Nord. Die Verwaltung soll jetzt herausfinden, ob das überhaupt geht – und wie man das bezahlen soll. Also: welche Förderungen sind möglich?

Die Bundesregierung will mit zusätzlichen finanziellen Hilfen national bedeutsame Kulturinvestitionen im Denkmalschutz unterstützen. Die SPD in der Bezirksvertretung ist der Meinung, dass es sich bei der ehemaligen Zwangsarbeitersiedlung durchaus um ein Denkmal von nationaler

Bedeutsamkeit handelt und entsprechende Fördermittel für eine Sanierung beantragt werden sollten.

Die Anlage ist 1942 errichtet worden, 1947 wurde sie zu einer zivilen Wohnanlage umgebaut, in der auch die ersten Gastarbeiter wohnten. Nach Expertenmeinung handelt sich um ein bemerkens- und schützenswertes Relikt der Zwangsarbeit in Bochum.

Jetzt sollte auch baurechtlich geprüft werden, ob die Ideen, die man hat, auch umgesetzt werden können. Eine Machbarkeitsstudie wurde beantragt. Das Ergebnis: die Kosten für eine komplett-Sanierung und Neugestaltung der gesamten Anlage mit den Bereichen Wohnen/Kunst/Museum lägen bei etwa 10 Millionen Euro.

Nach einer ersten Einschätzung der Verwaltung wären Fördermittel aus den Programmen zur Denkmalförderung, Förderung von Kreativquartieren und Museumsförderung denkbar.

Die geschichtliche Aufarbeitung soll durch das Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte erfolgen.